



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Auswirkungen des Green Deal auf die bayerische Landwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten schriftlich und mündlich zu berichten, welche Auswirkungen der von der EU-Kommission initiierte Green Deal auf die bayerische Landwirtschaft hat hinsichtlich

- ökonomischer Folgen,
- Einschränkung bei Bewirtschaftungsmethoden,
- soziologischer Folgen,
- ökologischer Folgen,
- Ernährungssicherheit bzw. des Selbstversorgungsgrads,
- Erträge aus landwirtschaftlicher Produktion,
- Entwicklung der Erzeugerpreise,
- Entwicklung der Verbraucherpreise für Lebensmittel.

Begründung:

Die Green Deal-Strategie der EU zielt auf eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern und fordert mehr Ökolandbau, Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität sowie eine erhebliche Minderung der Treibhausgase in der Landwirtschaft.

Der Green Deal, der im Dezember 2019 von der Kommission unter Ursula von der Leyen ausgerufen wurde, soll die EU bis 2050 klimaneutral werden lassen. Das gesamte Konzept umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen in Bezug auf Finanzierung, Verkehr, Handel und Land- bzw. Forstwirtschaft.

Kernelemente, insbesondere aus Sicht der Landwirtschaft, sind die „Farm-to-Fork-Strategie“ („Vom Hof auf den Tisch“, Farm to Fork – F2F) und die Biodiversitätsstrategie.

So sollen nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, Verarbeitung und Vermarktung, die Korrektur von Ungleichgewichten, die Nutzung von innovativen Technologien sowie die Verzahnung der Wirtschaft mit der Klima-, Umwelt- und Gesundheitspolitik vorangetrieben werden.

Die Kommission will dies unter anderem mit der Ausarbeitung eines Kennzeichnungssystems für Nachhaltigkeitsleistungen von Lebensmitteln und anderen Anreizen gewährleisten.

F2F sieht darüber hinaus eine Verringerung des Risikos und Einsatzes von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln vor:

- Reduktion der Nutzung und des Risikos von chemischen Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent bis 2030
- Reduktion von Nährstoffverlusten um 50 Prozent bis 2030
- Reduktion der Nutzung von Düngemitteln um mindestens 20 Prozent bis 2030
- Reduktion des Verkaufs von Antibiotika für die landwirtschaftliche Tierproduktion um 50 Prozent bis 2030

Aus Sicht des Bauernverbandes müssen diese zusätzlichen Aufgaben und Anforderungen aber auch entsprechend honoriert werden. Außerdem reicht es nicht aus, nur Ziele zu formulieren, ohne realistische Wege zu diesen Zielen aufzuzeigen. Daher sind die vorgelegten Strategien äußerst kritisch zu bewerten. Die pauschal definierten Reduktionsziele bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sind u. E. in ihrer derzeitigen Form weder wissenschaftlich begründet noch nachvollziehbar und verlassen jegliche Grundlage der guten fachlichen Praxis.

Die Kommission gibt keine Antwort darauf, wie die Mehrkosten der geplanten Maßnahmen auf die verschiedenen Akteure der Lebensmittelkette inklusive der Konsumenten verteilt werden. Derzeit werden die Landwirte mit den Kosten für mehr Umwelt- und Klimaschutz alleingelassen. Dies hätte langfristig zur Folge, dass die europäische Lebensmittelproduktion in Drittstaaten abwandert und die Anzahl an landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland und der EU weiter deutlich zurückgeht.

Deshalb lehnt der Bayerische Bauernverband (BBV) kontraproduktive Vorschläge der EU-Kommission ab, wie zum Beispiel Pauschalverbote beim Pflanzenschutz, Zwangstilllegung von 10 Prozent der Landwirtschaftsflächen, Fluten von Landwirtschaftsflächen auf Feucht- und Moorstandorten, zusätzliche Unterschutzstellungen sowie Abbau regionaler Tierhaltung und Verlagerung ins Ausland.

Ferner spricht sich die berufsständische Organisation für die Festschreibung des kooperativen Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes als Grundprinzip beim Green Deal aus (vor allem bei der F2F-Strategie) in Zusammenarbeit mit den Bauern, Waldbesitzern und Grundeigentümern als Partner. Unsere heimische Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Lösung!

Der BBV fordert darüber hinaus die Stärkung des nachhaltigen Wirtschaftens über praxistaugliche Rahmenbedingungen für bedarfsorientierte Düngung und bedarfsweisen Pflanzenschutz.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Anfrage der AFD-Bundestagsfraktion zum Thema „Auswirkungen des „Green Deal“ und der Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes auf die deutsche Landwirtschaft“ (BT-Drs. 20/118 vom 24.11.2021) hat folgendes ergeben:

„Insgesamt ist gemäß der JRC-Studie mit einer Reduzierung der Produktion für ausgewählte Produkte und Erhöhung der Preisvolatilität zu rechnen. Unter einer aktualisierten GAP könnten diese negativen Auswirkungen auf Produktivität und Preisstabilität um rund 20 Prozent verringert werden. Auswirkungen durch Maßnahmen auf Konsumseite werden durch diese Studie nicht beleuchtet.“

„Neben der Studie des JRC sind der Bundesregierung insbesondere Studien der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten (USDA), des Thünen-Instituts, der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) und der Wageningen University & Research bekannt. Die Studien zeigen aufgrund unterschiedlicher Ansätze, Modelle und Annahmen eine Bandbreite möglicher Auswirkungen auf.“

Erste Abschätzungen der potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen der F2F-Strategie wurden von der Forschungsabteilung des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA-ERS, Beckmann et al. 2020) durchgeführt, und zwar mit Hilfe des allgemeinen weltweiten Gleichgewichtsmodells GTAP-AEZ (Global Trade Analysis Project–AgroEcological Zones).“

„Den Modellergebnissen zufolge würden bei Erreichung der zuvor genannten EU-Ziele die landwirtschaftliche Produktion in der EU um 12 Prozent schrumpfen, die Erzeugerpreise in der EU um 17 Prozent steigen und das Bruttoinlandsprodukt in der EU um 71 Mrd. Dollar (59,2 Mrd. Euro) sinken.“

Quellenangabe zur JRC-Studie: JRC Technical Report, Euro 30317 EN/JRC121368 2021:

<https://www.cicero.de/wirtschaft/green-deal-der-eu-und-die-folgen-was-die-klimapolitik-der-europaischen-union-bedeutet>

<https://www.bayerischerbauernverband.de/themen/politik-foerderung/green-deal-uebersicht-und-auswirkungen-fuer-die-landwirtschaft-13858>

<https://www.bayerischerbauernverband.de/der-bbv/positionen/versorgungssicherheit-und-ernaehrungssicherung-politik-ist-mehr-denn-je>